

Zahl der Flüchtlinge im Kreis sinkt

Statistik Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen sinken. Die Kapazitäten in Sammelunterkünften werden weiter abgebaut.

Kreis Göppingen. Im Sozialausschuss des Kreistags mehren sich die Stimmen, die die Berichterstattung der Kreisverwaltung über die Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber im Landkreis auf ein Normalmaß zurückfahren wollen. Tatsächlich ist das Thema aufgrund der stetig zurückgehenden Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber im Landkreis nicht mehr ganz sobrisant wie 2019. Das zumindest zeigt die Entwicklung, über die Kreissozialamts-Chef Marco Lehnert und Abteilungsleiter Wolfgang Munz die Mitglieder des Sozialausschusses informierten. Im laufenden Jahr waren es von Januar bis August durchschnittlich 22 Neuzugänge im Monat gewesen, im Vorjahr 31. Im Rahmen der vorläufigen Unterbringung zählte der Landkreis von Jahresbeginn bis zum 31. Juli insgesamt 152 Neuzugänge. Im vergangenen Jahr waren es von Januar bis Dezember noch 327, in den Hochzeiten der „Flüchtlingskrise“ 2015 fast 1700. Sie alle, und auch die Flüchtlinge, die keinen Asylantrag stellen, müssen im Kreis untergebracht werden.

Zu unterscheiden ist hier die vorläufige von der Anschlussunterbringung. In die vorläufige Unterbringung kommen die Menschen, die direkt aus einer der Landeserstaufnahmeeinrichtungen dem Landkreis „zugewiesen werden“. Dort ziehen die Menschen dann in einer der 27 „Gemeinschaftsunterkünfte“. Für die vorläufige Unterbringung stehen noch maximal 957 Plätze zur Verfügung, zum Jahresende 2019 waren es noch 1130. Zum Stichtag 31. Juli lebten dort 590 Personen, berichtet der Chef des Kreissozialamts. Mit dem vorgesehenen Abbau der Gemeinschaftsunterkünfte komme man gut voran, sagte Landrat Edgar Wolff. Wenn sich die Dinge so weiter entwickelten, könne man den Fokus der Berichterstattung nicht mehr so sehr auf die Unterbringung, sondern mehr auf die Integration richten.

Joa Schmid

Rentner auf der Palme

Finanzen Wenn die Lebensversicherung ausgezahlt wird, will auch die Krankenkasse etwas davon haben. Rund 20 Prozent der Summe sind dann weg, Jakob Panitz regt das auf. Von Peter Buyer

Tatort“ Bundestag, Ende September 2003: Vor 17 Jahren stimmt das Parlament für ein Gesetz, für das Rentner Jakob Panitz aus Heiningen bis heute bezahlt. Zu Unrecht, wie er findet. Und Panitz ist nicht allein, Millionen anderer Rentner werden wie er zur Kasse gebeten. Sie alle haben sich während ihres Arbeitslebens für eine betriebliche Altersvorsorge entschieden, zusätzlich zur ganz normalen gesetzlichen Rente.

Schon damals drängten Experten und Berater, zusätzlich zur gesetzlichen Rente auch privat für den Ruhestand vorzusorgen, damit im Alter genug Geld da ist. Panitz – damals Redakteur bei der Esslinger Zeitung – entscheidet sich für die Presseversorgung. Er und sein Arbeitgeber zahlen jahrelang in die Lebensversicherung ein, 2010 geht Panitz in Rente. Er freut sich auf die über die Presseversorgung angesparten rund 100 000 Euro, bis er Post von seiner Krankenkasse bekommt. Die verlangt von ihm, für die 100 000 Euro Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu zahlen. Und gleich mal den vollen Beitrag, nicht nur den Arbeitnehmer-Anteil wie im normalen Erwerbsle-

„Faktisch zahle ich also dreimal für die Krankenkasse.

Jakob Panitz
Rentner aus Heiningen

ben, in dem sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Beiträge zur Krankenversicherung teilen.

Beide Anteile summieren sich auf knapp 20 Prozent, die Panitz insgesamt zehn Jahre lang zahlen muss. 9000 Euro hat er seit September 2016 schon gezahlt, in den kommenden sechs Jahren kommen noch über 12 000 Euro dazu, sagt Panitz. Das macht in seinem Fall zusammen mehr als 20 000 Euro, seine in gutem Glauben angesparte 100 000-Euro-Lebensversicherung ist also nur noch knapp 80 000 Euro wert.

Grund für diesen Aderlass der Altersvorsorge ist das Gesetz zur



Jakob Panitz (links) und Wolfgang Brodbek fühlen sich vom Staat abgezockt: Die beiden Rentner aus Heiningen engagieren sich im Verein für Direktversicherungsgeschädigte.

Foto: Peter Buyer

Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung, kurz GMG. Das wurde vor 17 Jahren, am 23. September 2003, einem Freitag, um kurz vor elf Uhr vormittags im Bundestag beschlossen, mit großer Mehrheit: Von 574 abstimmenden Abgeordneten stimmten 517 dafür.

Grund für diese besonders große Koalition: Geld. Geld, das den gesetzlichen Krankenkassen damals – wohl auch als Folge der Einheitskosten – dringend fehlte, sagt Panitz. Geholt haben es sich Regierung und Krankenkassen bei der betrieblichen Altersvorsorge, mit den für Jakob Panitz oben beschriebenen Folgen.

Besonders ärgerlich findet er, dass das im September 2003 beschlossene und seit Januar 2004 gültige Gesetz auch für lange vor diesem Zeitpunkt abgeschlossene betriebliche Altersvorsorge-Verträge gilt. Auch Panitz hat sich deutlich vor 2004 für die pri-

vate Zusatzzicherung entschieden, im Vertrauen auf die damals schon als Anspruch ins Auge gefassten 100 000 Euro. Dass es jetzt rund ein Fünftel weniger ist, bringt ihn auf die Palme und zum Verein für Direktversicherungsgeschädigte DVG (siehe Infobox).

Nicht nur Journalisten, die sich wie Panitz über das Presseversorgungswerk fürs Alter abgesichert haben, sind vom GMG betroffen, sondern alle, die sich für eine über den Arbeitgeber organisierte zusätzliche Alterssicherung entschieden haben. Also auch ehemalige Mitarbeiter der Metallbranche, von denen es im Großraum Stuttgart und im Filstal eine ganze Menge gibt.

Einer von ihnen ist Wolfgang Brodbek, Nachbar von Jakob Panitz. Brodbek hat bis zur Rente bei der Firma Festo gearbeitet und dort über den Arbeitgeber in eine zusätzliche Altersvorsorge eingezahlt. Wie Panitz muss auch er den doppelten Beitrag für die

zahlt er aber jetzt auch für seine gesetzliche Kasse, zusätzlich zu den 278 Euro, die von seiner gesetzlichen Rente ohnehin schon für Krankenkasse und Pflegeversicherung abgezogen werden, nochmal 210 Euro obendrauf wegen des seit Anfang 2004 gelten GMG. Fast 600 Euro monatlich also.

Und noch etwas regt Panitz auf: Schon in der Anspurphase hat er, wie alle anderen Arbeitnehmer auch, seinen Krankenkassenbeitrag bezahlt, und jetzt soll er ihn für weitere zehn Jahre aus seiner angesparten Altersvorsorge gleich nochmal zahlen – zusätzlich zum Krankenkassen-Beitrag von rund 150 Euro, die von Panitz' gesetzlicher Rente ohnehin schon Monat für Monat abgezogen werden. „Faktisch zahle ich also dreimal für die Krankenkasse“, sagt Panitz.

Der Ärger der betroffenen Rentner ist in Berlin und im Bundestag angekommen, Ende vergangenen Jahres wurde mit dem GKV-Freibetragsgesetz für etwas Linderung gesorgt. Seit Anfang 2020 gibt es einen monatlichen Freibetrag in Höhe von 159,25 Euro. Nur noch das, was – im Falle von einmaligen Kapitalauszahlung auf zehn Jahre umgerechnet – darüber hinaus geht, wird als Berechnungsgrundlage für den nach wie vor fälligen doppelten Krankenversicherungsanteil genommen. Rund 25 Euro monatlich weniger heißt das für Panitz. Immerhin. Aber immer noch zu wenig, sagt Panitz, denn die Regelung gilt erst seit Januar und nicht rückwirkend wie das GMG vom September 2003.

Der Verein DGV fordert eine Entschädigung

Verein Mehr als sechs Millionen Rentner sind betroffen, sagt der Verein für Direktversicherungsgeschädigte (DGV). Der Widerstand gegen das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung, kurz GMG, wächst. Der 2015 gegründete Verein DVG hat mittlerweile 5000

Mitglieder in ganz Deutschland, in über 40 Regionalgruppen. Der Heininger Jakob Panitz ist in der Regionalgruppe Alb-Fils-Neckar-Rems engagiert.

Forderung Die Mindestforderung des DGV formuliert Panitz so: Für die Jahre 2004 bis 2019 sollen die betroffenen

Rentner nur den Arbeitnehmer-Anteil zahlen. Und für vor 2003 abgeschlossene Verträge eine Entschädigung erhalten. Informationen zum Verein gibt es unter www.dvg-ev.org.

DGV Ansprechpartner in der Region ist Michael Rahnefeld aus Geislingen, E-Mail: info@rahnefeld.com.

Tradition - Service - Kompetenz

08.10. bis 10.10.2020
Die Krönung aus der Kalbskeule:
Kalbstafelspitze
zum Braten und Schmoren, 100 g statt 1,49 € **1,66 €**

Eine Traditionsspezialität
Ihrer Metzgerei Wolf-Köstlin
Stuttgarter Schinkenwurst
auch im Naturdarm, leicht an-
geräuchert, 100 g statt 1,49 € **1,19 €**

Schlachtfrische:
Kaninchenkeulen
super mager und zart, 100 g **2,09 €**

Elsässer Backofensteak
saftiges Schweinenackensteak
unter einer Gemüse-Schinken-
Käse-Haube, 100 g **1,75 €**

Der deftige Röhrbeißer
aus dem Buchenholzrauch:
Paprikawürstchen
auch zum Warmverzehr bestens
geeignet, 100 g **1,49 €**

Ofengebackene Spitzqualität:
Krustenschinken
mit der feinen Knoblauch-
Honig-Note, 100 g **1,75 €**

Hauptgeschäft und Produktion: Albershausen • Lindenstraße 1 • Tel. 07161/ 933 13-0 • Filiale Uhingen • Stuttgarter Straße 24 • Tel. 07163/ 321 28 • Filiale Ebersbach/Fils • Marktplatz 26 • Tel. 07163/ 60 79 • Öffnungszeiten: Mo-Fr 7.00-13.00 | 14.30-18.00 Uhr • Albershausen & Uhingen Mittwoch Nachmittag geschlossen • Sa. 7.00-12.30 Uhr
info@wolf-koestlin.de • www.wolf-koestlin.de • Metzgerei WolfKöstlin

Metzgerei Niederwälde Hof Wangen
Fleisch- und Wurstwaren direkt vom Bauernhof
Diese Woche empfehlen wir:
* Kasseler
* Niederwälde Rohschinken
* Fleischkäse (auch zum Selberbacken)
Angebot gilt solange Vorrat reicht.
Öffnungszeiten:
Di., Do., Fr. 8.00 – 18.00 Uhr
Sa. 8.00 – 12.00 Uhr
Auf Ihren Besuch freut sich Fam. Rösch
73117 Wangen • Niederwälde 4
Telefon (0 71 61) 92 35 38

Tagesmütter gesucht

www.tmv-gp.de

Landkreis Göppingen
Tagesmütterverein

Kinder lieben Geschichten

Kostenlose Lesestart-Sets beim Kinderarzt!

mehr unter www.lesestart.de

Wir sagen „Herzlichen Glückwunsch“ zur größten fröhlichen Leseförderungs-Initiative!

Erste Hilfe.

Selbsthilfe.

Wer sich selbst ernähren kann, führt ein Leben in Würde. [brot-für-die-welt.de/selbsthilfe](http://brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe)

Brot für die Welt
Würde für den Menschen.
Mitglied der actalliance